

INTRO



Foto: Ulrike Bujak

SEKT UND SCHNITTCHEN

60 JAHRE GRUNDGESETZ, 60 JAHRE DEMOKRATIE

In den allgemeinen Jubel im Jahr 2009 will Forum Recht nicht einstimmen. Klar dürfte sein: So sehr das Grundgesetz als demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaft gegenüber gesetzgeberischen wie interpretatorischen Rückschritten in Schutz zu nehmen ist, so wenig ist es die beste aller möglichen Verfassungen.

Fundamentalkritik am Grundgesetz aus materialistischer Perspektive betreibt der Artikel der Gruppe „TOP B3rlin“ (S. 41-42): Demokratie und Rechtsstaatlichkeit können demnach bestenfalls politische Emanzipation gewährleisten, Befreiung von gesellschaftlicher Herrschaft sei damit jedoch nicht zu haben. Freiheit und Gleichheit seien vielmehr ein „notwendiger und ganz realer Bestandteil kapitalistischer Herrschaft“.

Der Text von Hannes Püschel (S. 43-46) ist eine Absage an die Versuche von linker Seite, in das Grundgesetz sowohl eine „Sozialismusoption“ als auch eine antifaschistische Werteordnung hineinzulesen: Beide Formen linken „Wunschdenkens“ stünden nicht nur

verfassungsdogmatisch auf schwachen Füßen, sie offenbarten auch ein historisch problematisches Verständnis von Verfassung, Staat und deutschem Volk.

Eine ähnliche kritische Desillusionierung betreibt Franziska Adersberger (S. 47-48) in Bezug auf die demokratischen Hoffnungen, die viele mit der so genannten „digitalen Revolution“ verbinden: Die „Netzutopie“ trifft auf eine Realität, die sowohl in Deutschland als auch (erst Recht) international von Ungleichheiten und Exklusionen geprägt ist.

Offenkundiger als etwa noch zum 40. Geburtstag des Grundgesetzes ist heute, dass eine nationalstaatliche Demokratie der globalisierten Weltwirtschaft relativ hilflos gegenübersteht. Die bestehende supranationale Struktur der Europäischen Union allerdings ist der Sache nach ein demokratischer Rückschritt. Und wie Tim Wihl zeigt (S. 49-51), droht sich sogar ein Demokratieverständnis durchzusetzen, das im Interesse effektiver „output-Legitimation“ notfalls auf die Partizipation der Betroffenen zu verzichten bereit ist.

Also: Nicht alle Feste feiern, wie sie fallen ...

REDAKTION FORUM RECHT